

Stadt-, Markt-, Gemeindeamt – Magistrat

Fortl. Zl.

am 2019

Es erscheint die unterzeichnete österreichische Staatsbürgerin oder der unterzeichnete österreichische Staatsbürger und gibt an: ¹⁾

Ich stelle gemäß § 28 der Nationalrats-Wahlordnung 1992 - NRWO, BGBl. Nr. 471 in der geltenden Fassung, einen

Berichtigungsantrag

gegen das Wählerverzeichnis der Gemeinde

und begehre die Aufnahme der nachstehend angeführten Person in das Wählerverzeichnis oder Streichung der Person aus dem Wählerverzeichnis

(des Wahlsprengels) ²⁾

Vorname, Familienname:

Geboren am:

Hauptwohnsitz (am):

Begründung:

.....
.....
.....

An Dokumenten lege ich bei: ³⁾

.....
.....

Antragstellerin oder Antragsteller:

Vor mir: ¹⁾
(Vorname, Familienname der Bediensteten oder des Bediensteten)

.....
(Vorname, Familienname in Blockschrift)

.....
(Wohnadresse)

.....
(Unterschrift der Bediensteten oder des Bediensteten) ¹⁾

.....
(Unterschrift)

¹⁾ Zu streichen, wenn der Berichtigungsantrag schriftlich erfolgt.
²⁾ Nur ausfüllen, wenn die Gemeinde in Wahlsprengel eingeteilt ist.
³⁾ Bei Aufnahmebegehren ist – neben anderen zur Begründung notwendigen Belegen – ein von einer vermeintlich wahlberechtigten Person ausgefülltes Wähleranlageblatt anzuschließen.

Aktenvermerk

nur wenn Streichung beantragt!

Die Person, gegen deren Aufnahme in das Wählerverzeichnis ein Berichtigungsantrag erhoben wurde,
wurde mit Form. 1 innerhalb von 24 Stunden verständigt.

.....
(Datum)

.....
(Unterschrift)

Der Gemeindewahlbehörde zur Entscheidung binnen sechs Tagen, nach Ende des Einsichtszeitraumes!

Antrag

- Aufzunehmen!
- Berichtigungsantrag ist abzuweisen!
- Zu streichen!

..... **Beilagen**

.....
(Datum)

.....
(Unterschrift)

Entscheidung der Gemeindewahlbehörde vom

- Aufzunehmen!
- Berichtigungsantrag ist abzuweisen!
- Zu streichen!

Der Gemeinde samt Beilagen zur weiteren Veranlassung.

Die Gemeindeleiterin/Der Gemeindeleiter

.....
(Datum)

.....
(Unterschrift)

Vermerk der Wahlkanzlei:

Im Wählerverzeichnis eingetragen gestrichen unter fortl. Nr. 1.
(Wahlsprenzel Nr.)

2.

Antragstellerin oder Antragsteller mit Form. 2, betroffene Person mit Form. 3 verständigt.

.....
(Datum)

.....
(Unterschrift)

Form. 1 (Verständigung über das Berichtigungsverfahren)

....., am 2019

P. T.

Sie werden hiermit gemäß § 29 Abs. 1 der Nationalrats-Wahlordnung 1992 verständigt, dass gegen Ihre Eintragung in das Wählerverzeichnis (Wahlsprengel Nr.) ein Berichtigungsantrag gestellt wird.

Gründe:

.....

Es steht Ihnen frei, binnen 4 Tagen nach Zustellung dieser Verständigung schriftlich oder mündlich Einwendungen bei der Gemeindegewahlbehörde vorzubringen. Über den Berichtigungsantrag wird von der Gemeindegewahlbehörde entschieden werden, auch wenn in dieser Frist eine Äußerung von Ihnen nicht einlangt.

.....
Die Bürgermeisterin/Der Bürgermeister,
Für die Bürgermeisterin/Für den Bürgermeister

Form. 2 (Mitteilung an die Antragstellerin oder den Antragsteller)

....., am 2019

P. T.

Aufgrund Ihres Berichtigungsantrages werden Sie hiermit gemäß § 30 Abs. 2 der Nationalrats-Wahlordnung 1992 verständigt,

dass Herr/Frau

wohnhaft in

in das Wählerverzeichnis (Wahlsprengel Nr.) eingetragen nicht eingetragen worden ist.
 aus dem gestrichen nicht gestrichen

Gegen die Entscheidung können Sie gemäß § 32 Abs. 1 der Nationalrats-Wahlordnung 1992 binnen 2 Tagen nach Zustellung dieser Verständigung schriftlich eine Beschwerde bei der Gemeinde einbringen. Die Beschwerde muss innerhalb dieser Frist einlangen.

..... Beilagen folgen zurück.

.....
Die Bürgermeisterin/Der Bürgermeister,
Für die Bürgermeisterin/Für den Bürgermeister

Form. 3 (Mitteilung an betroffene Person)

....., am 2019

P. T.

Sie werden hiermit gemäß § 30 Abs. 2 der Nationalrats-Wahlordnung 1992 verständigt, dass die Gemeindegewahlbehörde über den betreffend Ihre Eintragung in das Wählerverzeichnis gestellten Berichtigungsantrag entschieden und verfügt hat, dass Sie

in das Wählerverzeichnis (Wahlsprengel Nr.) einzutragen nicht einzutragen sind.
 aus dem zu streichen nicht zu streichen

Gegen die Entscheidung können Sie gemäß § 32 Abs. 1 der Nationalrats-Wahlordnung 1992 binnen 2 Tagen nach Zustellung dieser Verständigung schriftlich eine Beschwerde bei der Gemeinde einbringen. Die Beschwerde muss innerhalb der genannten Frist einlangen.

.....
Die Bürgermeisterin/Der Bürgermeister,
Für die Bürgermeisterin/Für den Bürgermeister

Form. 1 (Verständigung über das Berichtigungsverfahren)

Fortl. Zl.

Gemeinde:

Herrn/Frau

.....
.....
.....

Form. 2 (Mitteilung an Antragstellerin oder Antragsteller)

Fortl. Zl.

Gemeinde:

Herrn/Frau

.....
.....
.....

Form. 3 (Mitteilung an betroffene Person)

Fortl. Zl.

Gemeinde:

Herrn/Frau

.....
.....
.....